

# HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND  
2 / 2009

## Politischer Sonderbericht

### Die Obama-Administration: Ouvertüre zu einem neuen Amerika?

26. Februar 2009

Ulf Gartzke  
Leiter der Verbindungsstelle Washington



**Herausgeber:**

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/  
Internationale Konferenzen  
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.  
Lazarettstr. 33  
80636 München  
Tel.: 089 1258-202 oder -204  
Fax: 089 1258-368  
E-Mail: [mailing@hss.de](mailto:mailing@hss.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

## **Die Obama-Administration: Ouvertüre zu einem neuen Amerika?**

*Von Ulf Gartzke*

### **1. Das Obama Team: Jung, divers, urban und technologisch orientiert**

- Um die Obama-Administration einer personellen und inhaltlichen Detailanalyse unterziehen zu können, sind noch zu wenige Puzzle-Teile bekannt. Zwar stehen fast alle Personalentscheidungen auf der ersten Ebene – d.h. Kabinettsminister und Leiter wichtiger US-Regierungsbehörden sowie Obamas neuer Parallel-Stab an politischen Sonderberatern im Weißen Haus mit Zuständigkeiten für wichtige Themengebiete wie z.B. Klimaschutz- und Energiepolitik – bereits fest. Doch letztlich werden auch Personalien auf der zweiten, dritten und sogar vierten Hierarchieebene erheblichen Einfluss auf Inhalt und Implementierung der politischen Agenda des neuen Präsidenten ausüben. Bedenkt man darüber hinaus, dass weitere rund 1.100 politische Beamte vom Senat bestätigt werden müssen, wird deutlich, dass noch mehrere Monate vergehen werden, bevor die neue Regierungsmannschaft ein vollständiges Ganzes ergeben wird.
- Gleichwohl lassen die bereits deutlich erkennbaren Konturen der Obama-Administration Rückschlüsse auf das künftige Gesamtbild zu. Die Kontraste zur Ära Bush können auf den ersten Blick deutlicher kaum ausfallen. Zunächst einmal steht an der Spitze Amerikas nun ein 47 Jahre alter „African American“ aus dem urbanen Chicago anstelle eines 62-jährigen Weißen aus dem konservativen Texas. Weiterhin ist die Obama-Administration im Durchschnitt deutlich jünger, deutlich diverser (was die Präsenz von Frauen und Minderheiten anlangt) sowie deutlich urbaner und technologischer orientiert als das Vorgänger-Team von George W. Bush. Während sich viele Mitarbeiter von Barack Obama in ihren 30ern oder sogar erst 20ern befinden – Jon Favreau ist als Chef-Redenschreiber des US-Präsidenten gerade 27 Jahre alt – wurde die Bush-Administration im direkten Vergleich dazu klar von älteren Jahrgängen dominiert. Und während der 43. Präsident der USA viele seiner engsten Berater aus dem christlich-konservativen ländlichen Süden Amerikas (Texas und weitere Staaten des sog. „Bible Belt“) rekrutierte, so sind es bei Obama nunmehr vor allem die kosmopolitischen Eliten der amerikanischen Ost- und Westküste (v.a. aus New York und Kalifornien) sowie natürlich aus Chicago, die wichtige Positionen in der Regierung übernehmen.

### **2. Stabschef Rahm Emanuel**

- Die erste wichtige Personalie der „transition phase“ war die Berufung von Rahm Emanuel zum Stabschef des künftigen Präsidenten. Der 49-jährige Kongressabgeordnete (2003-2009) aus dem Heimatstaat von Barack Obama gilt als Teil der „Chicago Mafia“ – dem unmittelbaren politischen Umfeld von Barack Obama in Chicago – und pflegt mit einer Reihe weiterer Mitglieder, darunter Obamas Top-Wahlkampfstrategie und wichtigster politischer Berater David Axelrod, bereits seit Jahren enge persönliche Freundschaften. Zusammen mit Senator Charles Schumer aus New York gilt Rahm Emanuel zudem als Architekt des historischen Wahlsiegs der Demokraten im Herbst 2006, bei dem die Republikaner vor dem Hintergrund von diversen Korruptions- und Sexskandalen in ihren Reihen ihre bestehenden Mehrheiten in beiden Kammern des US-Kongresses einbüßten. Emanuel ist nicht zuletzt wegen seines aggressiven Politik-Stils (Spitzname „Rahm-bo“) vor allem bei den unter Madame Speaker Nancy Pelosi bereits seit mehreren Jahren arg gebeutelten Republikanern im Repräsentantenhaus nicht wohl gelitten. So sahen führende republikanische Politiker die Berufung von Emanuel zum Stabschef als wichtiges Indiz dafür, dass der neu gewählte Präsident es mit seinem Wahlkampfversprechen, einen neuen, weniger konfrontativen Ton nach Washington zu bringen, nicht wirklich ernst meine, sondern vielmehr seine politische Agenda ohne Rücksicht auf die Opposition in möglichst kurzer Zeit durchsetzen wolle.

- Letztlich wird sich Rahm Emanuel jedoch vor allem mit seinen Parteifreunden auf dem Capitol Hill (insbesondere mit den früheren Kollegen im Repräsentantenhaus) herumschlagen müssen. Sowohl House Speaker Nancy Pelosi als auch Senate Majority Leader Harry Reid haben bereits klar gemacht, dass sie sich nicht einfach als verlängerter Arm des Präsidenten sehen und bei der Umsetzung von Barack Obamas politischer Agenda sowie der Bewältigung der Wirtschaftskrise eine gewichtige Mitsprache beanspruchen. Dies könnte die Ouvertüre zu einem nicht unerheblichen politischen Konflikt innerhalb der Demokraten werden, vor allem dann, wenn Nancy Pelosi & Co. der Versuchung nicht widerstehen können, im Kongress eine dezidiert linke Politikagenda (z.B. in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Steuer- und Budgetpolitik etc.) zu verfolgen und sich damit unweigerlich auf Konfrontationskurs mit dem neuen Präsidenten begeben.

### **3. Außenministerin Hillary Clinton & Vizepräsident Joe Biden**

- Die Berufung von Hillary Clinton zur neuen US-Außenministerin war zunächst sehr umstritten. Was hatte Barack Obama dazu bewogen, seine schärfste innerparteiliche Konkurrentin auf einen so wichtigen Kabinettsposten zu berufen? Überdies eine Berufung verbunden mit dem Risiko, dass Ex-Präsident Bill Clinton über seine Frau indirekt in die Geschicke der Obama-Administration eingreifen könnte. Die Einbindung von Hillary Clinton orientiert sich an dem historischen Vorbild Abraham Lincolns mit seinem berühmten „Team of Rivals“-Konzept, demzufolge nur die fähigsten Personen mit der Führung des Landes zu betrauen sind, ungeachtet aller politischen Rivalitäten. Deshalb auch die Einbindung von Hillary Clinton in die Obama-Administration, welche überdies die Unterstützung an der demokratischen Basis, wie beabsichtigt, steigern konnte. Hillary Clinton ist in außen- und sicherheitspolitischen Fragen dem pragmatisch-moderaten Lager innerhalb der Demokratischen Partei zuzurechnen. So hatte sie, trotz des hohen Drucks durch die pazifistische Parteibasis, während des gesamten Vorwahlkampfes nie ihre Unterstützung für Präsident George W. Bushs umstrittene „Iraq War Resolution“ vom Oktober 2002 revidiert und lehnte ebenso einen überstürzten Irak-Rückzug rundweg ab.
- In ihrer neuen Position im State Department will Hillary Clinton vor allem die Kooperation mit Washingtons Alliierten verstärken und gleichzeitig die Reputation Amerikas in der Welt wiederherstellen. Umfragen belegen deutlich, dass die USA nach acht Jahren George W. Bush bei großen Teilen der Bevölkerung Europas und in fast allen islamischen Staaten ein sehr schlechtes Ansehen besitzen. Die Ursachen hierfür sind bekannt und reichen vom Krieg im Irak über Guantanamo und Abu Ghraib bis hin zu Washingtons Ablehnung des Kyoto Protokolls. Die von Präsident Bush in seiner zweiten Amtszeit ab Januar 2005 unter Führung von Condoleezza Rice gestartete Charmeoffensive in Richtung der (europäischen) Alliierten konnte in diesem Zusammenhang lediglich das Image Amerikas auf der Ebene der politischen Eliten verbessern. Das Thema „Public Diplomacy“ bleibt mit Blick auf die breite Bevölkerung deshalb auch weiterhin eine der wichtigsten Herausforderungen und Prioritäten amerikanischer Außenpolitik.
- Clintons jüngste Asien-Reise (mit Stopps in Japan, Indonesien, Südkorea und China) vermittelte bereits einen ersten Eindruck des neuen Politikstils im US-Außenministerium. „Ich will zuhören“, so das Mantra von Hillary Clinton, welches sie in ihren ungewöhnlich vielen Interviews immer wieder in den Vordergrund rückte. Ebenso warb sie ganz im Sinne der „Public Diplomacy“ bei den vielen öffentlichen Auftritten ihrer Reise geradezu charmant um Sympathie für die USA. Eine Übung, die insbesondere in Asien zumeist auf fruchtbaren Boden fällt: ist doch das Ansehen der Vereinigten Staaten dort ungleich höher als bei den traditionellen NATO-Alliierten. Häufig speist sich diese Affinität aber aus der Angst vor dem großen Nachbarn China und seinem schnellen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg zur regionalen Großmacht. In Peking selbst wiederum offenbarte Clinton bei ihren Gesprächen ein unerwartet hohes Maß an bilateraler „Realpolitik“: so sagte die Außenministerin in aller Deutlichkeit, dass eine Debatte über Menschenrechte, Taiwan und Tibet nicht die Versuche gefährden dürfe, mit China einen Konsens über breitere Themenkomplexe –

z.B. die aktuelle internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, Klimawandel und den Kampf gegen den internationalen Terrorismus – zu erreichen. Clinton sprach denn auch von dem Ziel, eine „umfassende Partnerschaft“ mit China zu etablieren. „First things first“ – das Wichtigste zuerst: so der pragmatische Nenner der neuen amerikanischen China-Politik unter Obama. US-Menschenrechtsorganisationen waren angesichts solcher Töne ihrer neuen Außenministerin erwartungsgemäß schockiert und reagierten prompt mit harscher Kritik.

- Hillary Clinton stellt insgesamt sicherlich eine exzellente Wahl für den wichtigen Posten als US-Außenministerin dar. Sie verfügt bereits heute über internationale Anerkennung und genießt in vielen Hauptstädten der Welt einen sehr guten Ruf. Auch innerhalb des State Departments kann Clinton auf die volle Unterstützung ihres Hauses zählen. So wurde sie bereits an ihrem ersten Arbeitstag von rund 1.000 jubelnden Mitarbeitern des Außenministeriums wie ein Rockstar empfangen. Gleichwohl wird sich Hillary Clinton innerhalb der Obama-Administration in außen- und sicherheitspolitischen Fragen behaupten müssen. So könnte sich die Ernennung der zwei neuen US-Sonderbeauftragten Richard Holbrooke (für Afghanistan und Pakistan) sowie George Mitchell (für arabisch-israelische Angelegenheiten) für Clinton als problematisch erweisen. Schließlich wurden diese zwei erfahrenen außenpolitischen Schwergewichte der Demokraten in der Vergangenheit bereits selbst als potentielle Außenminister gehandelt und könnten daher versucht sein, unter Umgehung der Außenministerin direkt Einfluss auf die Politikgestaltung im Weißen Haus und in den Ministerien zu nehmen. Insbesondere Richard Holbrooke, den gewieften Taktiker und knallharten Verhandlungsführer, sollte die ehemalige First Lady im Auge behalten. So vermochte Clinton angeblich erst in letzter Minute und nach persönlicher Intervention bei Barack Obama zu verhindern, dass Holbrooke ein eigenes Büro im Weißen Haus zugewiesen wurde; die räumliche Nähe des 67-jährigen zum Präsidenten hätte sonst die Position der US-Außenministerin von vornherein untergraben. Dennoch ließ es sich Holbrooke nicht nehmen, bei der offiziellen Vorstellung der beiden neuen Sonderbeauftragten im State Department vor versammelter Regierungsspitze – d.h. inklusive Präsident Obama und Vize Biden – die US-Außenministerin lediglich als seine „unmittelbare Chefin“ zu bezeichnen. Probleme scheinen also vorprogrammiert zu sein.
- Für den außenpolitischen Wahlkampf-Beraterstab von Barack Obama war die Berufung Clintons zur neuen US-Außenministerin eine frustrierende Enttäuschung. Gehen doch jetzt viele wichtige Schlüsselpositionen im State Department an alte Clinton-Vertraute, während Obama-nahe Politik-Experten aus Thinktanks, Wissenschaft und Wirtschaft beim Kampf um interessante Jobs das Nachsehen haben. Bereits wenige Tage nach Barack Obamas Wahlsieg wurden die außenpolitischen Beraterstäbe komplett aufgelöst und die betreffenden Personen lapidar gebeten, bei Interesse an einer Tätigkeit innerhalb der neuen Administration ihren Lebenslauf – wie alle anderen Amerikaner auch – auf der Transition-Website [www.change.gov](http://www.change.gov) einzureichen. Weiterhin wurde ihnen ein enger Maulkorb verpasst: keine Kontakte zu den Medien, keine Kontakte mit ausländischen Politikern und Diplomaten. Angesichts der Tatsache, dass hier Hunderte von hochqualifizierten Personen über einen Zeitraum von zwei Jahren erhebliche Zeit und Energie in den harten US-Wahlkampf von Barack Obama investiert haben, zumeist neben ihren „normalen“ beruflichen Verpflichtungen, und dabei auch Anfeindungen des Clinton-Teams erdulden mussten, ist die Enttäuschung riesig. Hier hatten sich viele einen gänzlich anderen „Change“ versprochen!
- Abseits all dieser Fragen ist Hillary Clinton jedoch zweifelsohne das einflussreichste Mitglied der Obama-Administration. Ihre politische Statur und ihr weit verzweigtes persönliches Netzwerk kann neben dem Präsidenten keiner aufwiegen. Die formale Nummer Zwei, Vizepräsident Joe Biden, ist kein vergleichbar zentraler Akteur; und dies trotz seiner nahezu gebetsmühlenartig wiederholten Beteuerungen, in alle wichtigen Entscheidungen des Präsidenten involviert zu sein. Bisher hat es vielmehr den Anschein, dass Biden weder bei wichtigen Personalfragen noch bei inhaltlichen Entscheidungen der Obama-Administration eine signifikante Rolle spielen konnte. Joe Biden bietet folglich einen klaren Bruch zu dem brillanten „Strippenzieher“ und ultimativen Washington-Insider

Dick Cheney, den Biden mehrmals als „gefährlichsten“ Vizepräsidenten in der Geschichte der USA bezeichnet hatte. Ungeachtet der Frage, wie man zu Bidens Kritik an seinem Vorgänger steht, war Cheney zweifelsohne der einflussreichste Vizepräsident in der Geschichte der USA.

#### **4. Nationaler Sicherheitsberater Jim Jones & Verteidigungsminister Robert Gates**

- Barack Obamas Nationaler Sicherheitsberater ist wohl der einzige hochrangige Mitarbeiter des neuen Präsidenten, der diesen Regierungsposten auch im Falle eines Wahlsiegs von John McCain hätte bekommen können. Den ehemaligen Kommandanten des US-Marinekorps sowie früheren NATO-Oberbefehlshaber in Europa und Afghanistan verbindet eine langjährige Freundschaft mit dem 72-jährigen republikanischen Präsidentschaftskandidaten des Jahres 2008. Doch trotz seiner persönlichen Beziehung zu McCain entschied sich Jones – der über alle Parteigrenzen hinweg für seine Integrität und Professionalität geschätzt wird – schon während der heißen Wahlkampfphase, Barack Obama als sicherheitspolitischer Berater im Hintergrund zur Verfügung zu stehen. Jones gilt als ein Kenner Europas und entschiedener Befürworter der NATO. Er weiß insbesondere um die Bedeutung der europäischen Alliierten bei der Bewältigung der schwierigen Situation in Afghanistan. Auch kennt er die erheblichen innenpolitischen Probleme vieler europäischer Regierungen, die mit einer massiven Ablehnung des aktuellen NATO-Engagements in Afghanistan unter ihrer eigenen Bevölkerung zu kämpfen haben. Ein weiteres Thema, bei dem Jones über erhebliche Expertise verfügt, ist der Bereich Energiepolitik bzw. Energiesicherheit. So war Jones bis zu seinem Wechsel in die Obama-Administration Präsident des „Institute for 21st Century Energy“ bei der US-Handelskammer.
- Traditionell kommt dem Nationalen Sicherheitsberater und seinem Mitarbeiterstab im National Security Council innerhalb der US-Administration eine wichtige Koordinierungsfunktion zu, insbesondere für die Abstimmung zwischen Weißem Haus, Pentagon und State Department. Die Rolle und Bedeutung des National Security Advisor ist vor allem davon abhängig, dass er / sie das volle Vertrauen des Präsidenten besitzt. Nur so kann er seiner Position im relativen Kräfteverhältnis zu den anderen relevanten Akteuren (vor allem der Außen- und Verteidigungsminister sowie ggf. der Vizepräsident) Gewicht verleihen. Doch selbst ein enges Vertrauensverhältnis zum Präsidenten ist noch keine automatische Erfolgsgarantie für einen einflussreichen Sicherheitsberater. So sah sich Condoleezza Rice in ihrer Zeit als George W. Bushs erste Nationale Sicherheitsberaterin (2001-2005) weitgehend marginalisiert. Die Planungen für den Irakkrieg wurden beispielsweise maßgeblich von Pentagon-Chef Donald Rumsfeld und Vizepräsident Cheney vorangetrieben; selbst der populäre damalige Außenminister und Realpolitik-Anhänger Colin Powell zog im internen Machtkampf mit ihnen den Kürzeren. Zum Schluss blieb sowohl Powell als auch Rice nichts anderes übrig, als den Administrations-Kurs wohl oder übel mit zu tragen. Bushs letzter Sicherheitsberater Stephen Hadley war noch schwächer und vermochte während der zweiten Amtszeit von George W. Bush – diesmal dominiert von Verteidigungsminister Robert Gates und Außenministerin Condoleezza Rice – keine eigenen Akzente zu setzen.
- Alle Anzeichen deuten bislang darauf hin, dass Jim Jones demgegenüber ein tendenziell stärkerer Sicherheitsberater sein wird. Er besitzt umfangreiche militärische Erfahrung, genießt Vertrauen über alle Parteigrenzen hinweg und mit Robert Gates steht ihm ein Verteidigungsminister auf Abruf gegenüber. Denn auch wenn Barack Obama den bisherigen Pentagon-Chef überreden konnte, vorläufig im Amt zu bleiben, wird dieses Arrangement wohl spätestens nach Jahresfrist enden. In der Zwischenzeit ist die Beibehaltung von Robert Gates jedoch ein geschickter, stabilisierender Schachzug, der es Obama ermöglicht, jeden Bruch in der US-Verteidigungspolitik zu vermeiden und die geplanten Anpassungen in der amerikanischen Militärstrategie im Irak sowie vor allem in Afghanistan schrittweise und reibungslos vorzunehmen. Gleichzeitig konnte Barack Obama mit dem Festhalten an Gates sein Wahlkampfversprechen einlösen, ebenfalls prominente Republikaner in seine neue Administration einzubinden.

- Robert Gates selbst hatte ursprünglich geplant, seinen Posten am 20. Januar 2009 zu räumen, blieb aber auf Bitten des „President-elect“ im Amt; nicht zuletzt auch aus der Überzeugung, dass Kontinuität an der Pentagon-Spitze zu einer Zeit, in der sich Amerika an mehreren Kriegsschauplätzen engagiert, von großer Bedeutung sei. Wenngleich Gates vorläufig Verteidigungsminister bleibt, werden aber fast alle anderen politischen Beamten der Bush-Administration im Pentagon in den kommenden Wochen und Monaten ihren Hut nehmen müssen. Diesem Kompromiss musste Gates zustimmen; im Gegenzug wurde ihm von Barack Obama zugesichert, dass während seiner Amtszeit sein geplanter Nachfolger nicht im Pentagon arbeiten würde (z.B. als stellvertretender US-Verteidigungsminister). Verständlicherweise wollte Gates verhindern, dass sein designierter Nachfolger noch während seiner restlichen Amtszeit im Pentagon die Kommando- und Hierarchieebenen durcheinander bringen und sich als de facto Verteidigungsminister etablieren könnte. Just aus diesem Grund wird Richard Danzig, der bereits Barack Obama im Wahlkampf als sicherheitspolitischer Chefberater zur Seite stand, erst nach dem Abgang von Gates ins Pentagon wechseln – direkt an die Spitze. Der Versuch von Obama, mit der Berufung von Judd Gregg zum neuen Wirtschaftsminister (Commerce Secretary) einen weiteren hochrangigen Republikaner in seine Administration einzubinden, war Mitte Februar jedoch aufgrund gravierender Differenzen über den zukünftigen ordnungspolitischen Kurs der US-Regierung mit dem Rückzug des 62-jährigen Senators aus New Hampshire kläglich gescheitert.

## **5. Die zukünftige Entwicklung des Pentagon-Budgets**

- Einigermaßen unbehelligt von diesen Entscheidungen dürfte sich die weitere Entwicklung des US-Verteidigungshaushaltes gestalten. Unter Präsident George W. Bush stiegen die Militärausgaben nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 – nicht zuletzt wegen der sehr teuren Interventionen in Afghanistan und im Irak – rapide an und erreichten zuletzt, inklusiver aller Neben- und Nachtragshaushalte, die gigantische Summe von rund 700 Milliarden Dollar pro Jahr. Bereits während des US-Präsidentschaftswahlkampfes wurde eifrig darüber spekuliert, ob nach einem möglichen Wahlsieg von Barack Obama mit einer drastischen Verringerung des Verteidigungshaushaltes zu rechnen sei – nicht nur, um die häufig von Demokraten kritisierte „Militarisierung der US-Außenpolitik“ unter George W. Bush rückgängig zu machen, sondern auch, um die frei werdenden finanziellen Ressourcen für eine expansive Gesundheits- und Sozialpolitik zu verwenden (das altbekannte „Kanonen vs. Butter“-Dilemma).
- Pentagon-Beobachter gehen indes davon aus, dass zumindest in den kommenden zwei Jahren mit keinen signifikanten Veränderungen im Kernhaushalt des US-Verteidigungsministeriums – d.h. ohne die Kosten laufender Militäroperationen in Afghanistan, Irak etc. – zu rechnen sei. Dies betrifft vor allem die unter der Bush-Administration angelaufenen bzw. geplanten Beschaffungsprogramme für neue Waffen- und Trägersysteme. Obschon das Defense Business Board, ein externes Beratergremium des Pentagon, President-elect Barack Obama bereits im November 2008 angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise empfohlen hatte, eine Reihe teurer Rüstungsinvestitionen neu zu überdenken und ggf. zu streichen. „Business as usual is no longer an option“, so der Tenor des Briefings. Doch drastische Kürzungen sind in nächster Zeit trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht zu erwarten. Zum einen ist die US-Rüstungslobby sehr einflussreich und kann insbesondere auf dem Capitol Hill auf die Unterstützung mächtiger Senatoren und Kongressabgeordneten beider Parteien zählen. Zum anderen hat Barack Obama gerade Bill Lynn, bislang Chef-Lobbyist beim Rüstungskonzern Raytheon, zum stellvertretenden Verteidigungsminister berufen. Diese Personalentscheidung Obamas – welche eine erneute Ausnahmegenehmigung des Präsidenten für die neuen strikten Ethik-Richtlinien seiner Administration erforderte – stieß denn auch im Kongress zunächst auf scharfe Kritik, wurde dann jedoch vom demokratisch dominierten Senat schnell bestätigt.

- Bislang weisen die Weichen im Pentagon also in die bekannte Richtung und weniger nach „Change We Can Believe In“. Bleibt abzuwarten, wie lange angesichts der ökonomischen Krise eine Fortsetzung noch möglich sein wird. In diesem Zusammenhang steht aber bereits heute fest, dass für Barack Obama ein großer Terroranschlag à la 9/11 während seiner Amtszeit politisch fatal wäre. Zumal dann, wenn in der amerikanischen Öffentlichkeit der Eindruck entstünde, Obama habe die Sicherheitsinteressen des Landes aus ökonomischen und ideologischen Gründen grob vernachlässigt (z.B. durch massive Kürzungen im Budget von Pentagon und Homeland Security, durch eine defensivere Anti-Terror-Politik etc.). Man mag zur Bush-Administration stehen wie man will; viele Dinge liefen falsch bzw. nicht so wie vorgesehen. Doch wird der 43. Präsident für sich immer beanspruchen können, mit seiner Regierung einen zweiten Terroranschlag auf amerikanischem Boden für mehr als sieben Jahre verhindert zu haben. Darin wird wohl das bleibende historische Vermächtnis von George W. Bush bestehen.

## **6. Abschließende Bemerkungen**

- Der vorliegende Beitrag fokussiert sich auf die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsträger und Berater der Obama-Administration, welche die öffentliche Wahrnehmung maßgeblich beeinflussen werden. Wenngleich jene insgesamt gesehen (inklusive des Präsidenten) jünger und diverser ist als die Bush-Administration, gilt für die meisten der im vorliegenden Artikel analysierten Personen, dass sie weißer Hautfarbe und (mitunter deutlich) über 60 Jahre alt sind. Offenkundig wurde angesichts der großen Herausforderungen ein Generationswechsel in diesen Bereichen noch einmal vertagt.
- Schon vor der Amtseinführung von Barack Obama stand fest, dass die Bewältigung der größten Wirtschaftskrise seit der Großen Depression von 1929 seine wichtigste innen- und außenpolitische Herausforderung darstellen wird. Schließlich basieren die außen- und sicherheitspolitischen Kapazitäten eines Landes letztlich auf der Stärke und Dynamik der jeweiligen Volkswirtschaft. Genauso wie z.B. Chinas rasanter wirtschaftlicher Aufstieg zwangsläufig strategisch-militärische Konsequenzen zeitigt (bislang primär in Asien, zukünftig aber auch vermehrt auf globaler Ebene), würde eine dauerhafte Schwächung der amerikanischen Wirtschaft unweigerlich den außen- und sicherheitspolitischen Spielraum Washingtons erheblich einengen. Es sollte Deutschland in diesem Zusammenhang zu denken geben, dass wir 2008 von China als drittgrößte Industrienation der Welt abgelöst wurden. Wenngleich die Berechnungsmethoden und die Zahlenakrobatik der chinesischen Regierung immer mit Fragezeichen zu versehen sind, ist der generelle Trend eines Aufstiegs Asiens und eines (zumindest relativen) Abstiegs Europas nicht von der Hand zu weisen. Selbst die USA sind nicht völlig von den Konsequenzen des auf die westlichen Industrieländer zukommenden „demographischen Winters“ isoliert; wenngleich eine generell höhere Geburtenrate und eine effektivere Einwanderungspolitik Amerika im Vergleich zum „Alten Kontinent“ Europa erhebliche strukturelle Vorteile verschafft. Barack Obama hatte mit seiner Administration ohne Zweifel einen starken Start. Doch Amerika befindet sich im Zustand einer gefährlichen wirtschaftlich-militärischen Überdehnung und muss dringend die Balance zwischen seiner inneren Leistungsfähigkeit und seinen außen- und sicherheitspolitischen Ansprüchen wiederherstellen. An dieser gewaltigen historischen Herausforderung werden sich Präsident Barack Obama und seine Administration letztlich messen lassen müssen. Er und seine Mitstreiter werden die Vereinigten Staaten nicht neu erfinden, aber ihr Gesicht gravierend verändern.

*Ulf Gartzke ist Leiter der Verbindungsstelle Washington der Hanns-Seidel-Stiftung.*

+++